

## **Plenarsitzung am 19. Januar 2011**

**TOP 2:** Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Laumann, wenn ich hier höre, dass Sie sich zum Hüter der Finanzen aufspielen, dann fällt mir ein: Sie haben einen verfassungswidrigen Nachtragshaushalt 2005 quittiert bekommen, und die Haushalte 2009 und 2010 waren auch verfassungswidrig.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich komme gleich noch in Details auf das, was Sie uns hinterlassen haben.

Ich kann ehrlich gesagt verstehen, dass Sie sich über einen Teilerfolg beim Verfassungsgericht freuen. Das will ich gar nicht bestreiten. Ich habe mich auch darüber gefreut, als ich den gehabt habe. Dann redet man das auch vielleicht ein bisschen stärker als es war. Aber Kollege Römer und der Finanzminister haben etwas dazu gesagt, wie das in Wirklichkeit einzuschätzen ist. Sie haben in der Hauptsache nicht Recht bekommen. Aber Sie haben einen Teilerfolg. Zugestanden an der Stelle.

Aber worüber wir wirklich reden, ist der Nachtragshaushalt 2010, den wir einbringen mussten, weil wir Konsequenzen ziehen mussten aus dem letzten Haushalt, den Sie eingebracht haben und im Dezember 2009 beschlossen haben. Das war der letzte Haushalt, bevor Sie abgewählt wurden.

Da wollen wir einfach auch die Größenordnung klarstellen. In dem Haushalt hatten Sie eine Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € vorgesehen. Das lag ganz deutlich über der Verfassungsgrenze. Die Neuverschuldung lag 2,9 Milliarden € höher als die Investitionen, höher als das, was nach der Verfassung zulässig ist.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, jetzt wollen Sie es nicht wahrhaben. Die Unterschiede sind da. Aber trotzdem haben Sie einen Haushalt vorgelegt, der eindeutig über der verfassungsmäßig

zulässigen Grenze lag. Dennoch haben Sie, weil Sie genau wussten, dass Sie in die Landtagswahl gingen, nicht alles an Risiken eingestellt,

(Zurufe von der CDU)

was Sie ganz eindeutig absehen konnten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Warum haben Sie das nicht gemacht? Weil Sie nicht den Haushalt mit der höchsten Verschuldung, die es jemals gegeben hat, im letzten Jahr Ihrer fünf Regierungsjahre vorlegen wollten. Deswegen haben Sie sich davor gedrückt und haben nur eine Teilwahrheit eingestellt. Wir müssen jetzt an der Stelle eine Reihe von Positionen einstellen, die Sie wissentlich unterlassen haben.

(Zuruf von der CDU)

Die Stunde der Wahrheit wäre ja für Sie auch gekommen. Sie ist jetzt etwas eher gekommen mit dem 9. Mai. Ansonsten wäre sie auch mit dem Nachtragshaushalt gekommen.

Ich will auch die Positionen durchgehen. Denn draußen wird das immer wieder so verstanden, als ob im Nachtragshaushalt lauter Punkte enthalten wären, bei denen Sozialdemokraten und Grüne das machen würden, was sie inhaltlich ändern und gestalten wollen. Das ist eindeutig nicht der Fall.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich gebe ja zu: Wir können über Einzelpunkte streiten. Der größte Punkt ist die Zuführung zum Sondervermögen Westdeutsche Landesbank mit 1,3 Milliarden €. Dieses Sondervermögen haben Sie angelegt. Wir können eigentlich an der Stelle alle nur bedauern, dass es überhaupt notwendig war, das anzulegen, weil wir alle wissen: Es wäre uns lieber, wenn die WestLB diese Risiken, die sie in die Bad Bank verlagert hat, nicht gehabt hätte. Das wäre uns allen lieber. Wir alle werden letztendlich froh sein, wenn nicht mehr als die 1,3 Milliarden €, die wir dort zugeführt haben, zur Verfügung gestellt werden müssen. Wir sind zu der Einschätzung gekommen, dass, wenn wir genau sehen, welche Risiken auf uns zukommen, die 1,3 Milliarden € der realistische Betrag sind.

Sie haben das vorher schon eingestellt. Wir können über die Höhe streiten, aber nicht über den Grundsatz. Insofern ist auch das ein Stück Aufräumungs- und Klarstellungsarbeit; denn Sie haben nicht zugeführt.

Ich will einen zweiten Punkt nennen: den Versorgungsfonds für die Pensionslasten. Sie haben noch in Ihrer Regierungszeit ein Gutachten in Auftrag gegeben, das Ihnen quittiert hat, dass Sie keine ausreichenden Rückstellungen für die Beamten des Landes gebildet haben. Dafür mussten wir 94 Millionen € in den Haushalt einstellen. Das haben wir gemacht. Das ist keine Politikgestaltung, sondern eine Verpflichtung den Menschen gegenüber, die man beschäftigt hat.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Was die Rücklagen zum Einheitslastenabrechnungsgesetz betrifft: 2009 ist vor dem Verfassungsgericht erfolgreich gegen Sie geklagt worden, weil Sie 2006 falsch abgerechnet und diese Rückstellung nicht korrekt abgebildet haben. 375 Millionen € haben wir dafür eingestellt, weil es für die Kommunen notwendig ist und weil es ihnen zusteht. Da Sie einmal die Quittung bekommen haben – Ihre Regierung war diejenige, die die meisten Verfassungsklagen in einer Legislaturperiode verloren hat –, haben wir in diesem Haushalt bei einer ganzen Reihe von Positionen, die direkte Ergebnisse von Klagen sind, die Sie verursacht haben, jetzt die Mittel eingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der Kollege Römer hat die 300 Millionen € angesprochen: Entlastung für die Kommunen in Form eines Wegfalls der Befrachtung aus dem GFG. Helmut Linssen hat vor der Wahl einen dreistelligen Millionenbetrag als Entlastung für die Kommunen versprochen, weil er eingesehen hat, dass das, was Sie mit dem GFG gemacht haben, nicht korrekt war. Das heißt, es ist nicht unsere Gestaltung, sondern Ihre Zusagen waren es. Das ist ein Teil der Beträge, die Sie vorher nicht eingestellt haben, die Sie aber zum Schluss sehr wohl öffentlich genannt haben.

Herr Kollege Laschet, Sie haben für den Ausbau der U3-Plätze im Voraus nicht ausreichend Geld bereitgestellt, sondern Sie haben gewartet, um nach der Landtagswahl noch etwas zu machen. Auch diese 150 Millionen € waren für die Kommunen an der Stelle bitter notwendig.

Sechste Position: der Nachteilsausgleich Wohngeld. Das ist ein Verfassungsgerichtsurteil. Die 236 Millionen € für die Kommunen sind doch keine

Gestaltungssache, sondern ein Recht, das den Kommunen nach dem Urteil zusteht: gegen Sie erwirkt und von uns dann notwendigerweise umgesetzt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ein kleines Delta gab es, über das wir viel diskutiert haben: 6,8 Millionen € für das Personal. Angesichts der Größenordnungen, die ich eben genannt habe, ist das eine kleine Zahl. Aber darin waren die Stellen enthalten, die unser Landtagspräsident und früherer Umweltminister Uhlenberg schriftlich bei Ihnen eingeklagt hat, weil er – genau wie Regierungspräsident Diegel in Arnsberg, beides CDU-Kollegen – nicht mehr genug technisches Fachpersonal hatte, um Firmen wie Envio in Dortmund zu kontrollieren, was dazu führt, dass die Gesundheit der Mitarbeiter gefährdet wird. Das Personal, das eingestellt worden ist, ist das Minimum. Auch die Lehrerstellen, die Sie versprochen, aber nicht geschaffen haben, gehen in diese Bilanz ein.

Der Nachtragshaushalt war eingebracht, die Diskussion lief. Dann kam das Verfassungsgerichtsurteil zum Kinderförderungsgesetz – KiföG –: Verstoß gegen das Konnexitätsgebot, 12. Oktober 2010. Das kam in den laufenden Beratungen. Dafür sind im Nachtragshaushalt 370 Millionen € angesetzt worden. Das ist kein Punkt, an dem wir gestalten wollen, sondern das ist die Konsequenz eines Urteils wegen Verstoßes gegen das Konnexitätsgebot.

Man muss ehrlich sagen: Sie haben keinen einzigen Antrag zu all den Punkten im Nachtragshaushalt gestellt. Das heißt, Sie gehen vor das Verfassungsgericht, aber Sie haben im Haushaltsverfahren all die konkreten Punkte weder kritisiert noch aufgegriffen. Sie haben nämlich genau gewusst, dass Ihnen ein ganzer Teil dieser Punkte auf die Füße fallen würde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das heißt: Wir haben ab Juli 2010 angefangen zu arbeiten und die Risiken eingestellt.

Ich will Ihnen noch eine Sache vorhalten; denn Sie stellen sich hierhin und tun so, als ob Sie der Hüter der Finanzen wären. Angesichts dessen, was Sie 2010 insgesamt gemacht haben, finde ich es unglaublich und unverantwortlich, sich hier so aufzuspielen.

Sie haben im Januar 2010 mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, als Sie willfährige Gehilfen des Bundes waren, für das, was die FDP schon immer wollte – bei den Hoteliers, den Erben und anderen –, eine Belastung in Höhe von 880 Millionen €

pro Jahr auf dieses Land abgeladen, indem Sie einfach zugestimmt haben. Deswegen ist das größte Schulden- und Haushaltsrisiko für dieses Land konsequenterweise im Mai abgewählt worden; denn Sie hätten immer so weitergemacht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist mit Sicherheit keine schöne Sache, einen solchen Haushalt vorzulegen, wenn wir jedes Mal wissen, es ist praktisch nicht zu schaffen. Sie haben mit den 880 Millionen € – ich habe das schon bei der Einbringung gesagt – ein Einsparpotenzial erzwungen; denn wir müssten 17 000 Stellen abbauen, um das zu kompensieren, was Sie dem Bund geschenkt haben. Sie wissen genau, dass das nicht geht. Niemand im Land kann Personal in dieser Größenordnung einsparen.

Sie haben im Bund jedes Mal nachgegeben. Das war schon bei den anderen Konjunkturgesetzen so. Das war bei der Brennelementesteuer so. Immer war Nordrhein-Westfalen freiwillig dabei, und das Land und die Kommunen mussten es tragen. Dabei wissen Sie ganz genau: Die Kommunen sind mit dem Kopf halb unter Wasser, das Land kriegt gerade noch Luft.

(Zuruf von der CDU)

Wir haben keine Chancen, jemals aus der Situation herauszukommen, wenn der Bund das weiter derart ungeniert beim Land und bei den Kommunen ablädt, von den Kommunen aber keine größeren Anteile der Soziallasten übernimmt. Dann haben wir keine Chancen, das jemals aufzufangen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da hatten wir bei Ihnen keine Unterstützung. Ich kann verstehen, dass Sie heute mit einem breiteren Lächeln hereingekommen sind; denn die Medienberichterstattung spielt Ihnen in die Hände, nachdem sie am Montag und am Dienstag nicht so gut war. Für mich ist es auch ganz angenehm, zu hören, was Sie für Koalitionsvorstellungen haben. Da müssen Sie Ihre eigenen Widersprüche klären. Herr Laumann hat angeboten, eine Große Koalition zu bilden. Die Ressortzahl kennen wir jetzt; vielleicht bekommen wir die Personen gleich noch genannt.

(Lachen von der CDU)

Herr Röttgen hat dem eben widersprochen und gesagt, es gebe zum baldmöglichsten Zeitpunkt Neuwahlen. Klären Sie das untereinander! Herr Papke wird hier gleich eine Offensive zur Bildung einer Ampel starten, auf die ich mich freue.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das hat in den letzten Tagen nachgelassen!)

Wir wollen ehrlich miteinander umgehen. Ich will zugeben, das ist ein Tag, an dem Sie sagen können: Wir haben zum ersten Mal seit Monaten wieder einen kleinen Punkt gemacht. – Aber ich sage Ihnen: Abgerechnet wird am Schluss. Darin stimme ich mit dem Kollegen Römer überein: Diese Regierung ist in keiner Krise. Sie können mit uns erst einmal ganz ruhig weiterarbeiten.

Sie können sich anbieten; wir können das bewerten. Wir werden an dieser Stelle letztendlich zusammen sehen, was beim Haushalt tatsächlich gemacht werden kann und was nicht. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen.